

150 Rechtsextreme an Schlachtfeier

Sempach. – Die Feier zum Gedenken an die Schlacht bei Sempach ist auch dieses Jahr von einer Gruppe von Rechtsextremen besucht worden. Nach Auskunft der Luzerner Kantonspolizei nahmen gestern rund 150 Rechtsextreme an der Feier und am Umzug teil. Zu Zwischenfällen sei es aber nicht gekommen. Im Vorfeld der 621. Gedenkfeier waren Befürchtungen aufgekommen, dass es zu Störaktionen oder zu Konfrontationen kommen könnte. (ap)

Mehr ins Personal investieren

Baden. – Die Arbeitnehmerorganisation Angestellte Schweiz fordert von den Arbeitgebern mehr Wertschätzung. Diese müssten noch mehr in ihre Angestellten investieren und sich um deren Bedürfnisse kümmern. Die Delegierten der Angestellten Schweiz verabschiedeten gestern in Baden eine entsprechende Resolution. Die Wirtschaft boome, und gleichzeitig zeigten Befragungen, dass die Angestellten an ihrer Arbeitsstelle nur mässig zufrieden seien. (sda)

Rotes Kreuz will Kräfte bündeln

Ascona. – Das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) will seine Organisationen stärken und deren Kräfte bündeln. Die Delegierten haben dazu gestern an der Rotkreuzversammlung in Ascona (Tessin) die neue, bis 2012 geltende Strategie verabschiedet. Sie soll eine klarere Konzentration auf Kerngeschäftsfelder und die Zielgruppe besonders schutzbedürftiger Menschen bringen. Für das Inland werden Gesundheit, Integration und Rettung als Schwerpunkte definiert; für das Ausland Katastrophenhilfe, Wiederaufbau und Entwicklungszusammenarbeit. (ap)

SVP will nebst Räufern auch «Scheininvaliden» ausschaffen

Geht es nach der SVP, müssen Ausländer bei Missbrauch der Sozialwerke künftig genau so das Land verlassen wie bei Raub und Mord. Dass die neue Initiative der Partei dereinst als völkerrechtskonform eingestuft wird, erscheint indes fraglich.

Von Fabian Renz

Liestal. – Das versprengte Grüpplein linker Anarchisten vor der Militärkaserne in Liestal (Basel-Landschaft) blieb gestern ohne jede Chance. Alle Pfiffe und Buhrufe vermochten das schmetternde «Trittst im Morgenrot daher», mit dem drinnen die Delegierten der Schweizerischen Volkspartei (SVP) ihre Versammlung eröffneten, nicht zu übertönen. Ein paar Minuten nach Beginn der Veranstaltung war der Spuk dann auch schon vorüber und die SVP-Gegnerschaft in alle Winde zerstreut. Die zahlreichen Sicherheitskräfte vor Ort hatten «aufgeräumt».

Rabiate Forderungen

Aufräumen, das will auch die SVP. Und zwar mit dem Stahlbesen. Längst hat die Partei erkannt, dass ihr das Thema Ausländer mehr Wählerstimmen beschert als Forderungen nach Steuerenkungen für Gutbetuchte. Nachdem Justizminister Christoph Blocher – praktischer zeitlicher Zufall? – am Freitag seine migrationspolitischen Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendgewalt vorgestellt hatte, doppelten Parteileitung und Delegierte der SVP gestern nach, und dies nicht zu knapp. Für die in der SVP-Zentrale aufgegleiste neue Ausländer-Initiative rührte gleich ein halbes Dutzend Referenten die Werbetrommel. Gereicht hätte wohl auch nur einer – oder gar keiner. Ohne Gegenstimme passierte die Volksinitiative «für die Ausschaffung krimineller Ausländer» zuletzt



Man singt und entscheidet: Nachdem Nationalrat Toni Brunner und Bundesrat Christoph Blocher die Landeshymne angestimmt haben, stellen die SVP-Delegierten die politischen Weichen für die Zukunft. Bilder Keystone/Walter Bieri

die Gesamtabstimmung. Demnach sollen künftig nicht nur sämtliche Ausländer das Land verlassen müssen, die eine schwere Straftat wie Mord oder Vergewaltigung – oder auch nur ein Einbruchdelikt – auf dem Kerbholz

haben. Nein, auszuweisen sei auch, wer als Nicht-Schweizer die hiesigen Sozialwerke «missbraucht». Geschickt schlägt die Partei damit den Bogen zu der von ihr entfachten Debatte über «Scheininvaliden».

Noch aber bleibt abzuwarten, ob sich das Volk überhaupt zu dem Anliegen äussern können. Denn es scheint doch zweifelhaft, dass die Initiative die Prüfung auf Konformität mit dem Völkerrecht übersteht. Bereits erklärte gestern der Verfassungsrechtler Jörg Paul Müller gegenüber der Nachrichtenagentur SDA, dass das Parlament das Volksbegehren in der vorliegenden Fassung ablehnen müsste. Die Initiative verletze eine ganze Reihe von Garantien der Flüchtlingskonvention, der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie auch der Schweizerischen Bundesverfassung. Müller nannte unter anderem das Verbot der Ausschaffung in Länder, in denen gefoltert wird, sowie das Recht auf Familienleben.

SVP hilft bei Minarett-Initiative mit Kurz thematisiert wurde an der SVP-Versammlung ferner eine weitere umstrittene Volksinitiative, jene nämlich, die ein Verbot für den Bau von Minaretten fordert. Hinter diesem Anliegen steht zwar nicht die SVP selbst, wohl aber ein SVP-nahes Komitee. Wie SVP-Präsident Ueli Maurer mitteilte, wird die Partei gemäss Beschluss des Zentralvorstands die Initianten bei der Unterschriftensammlung unterstützen. Eine Parole habe man zwar noch nicht gefasst. Immerhin finde sich die Forderung nach einem Minarett-Verbot aber auch in der SVP-Wahlplattform. Die scharfe Kritik, die ein Delegierter an diesem Entscheid des Zentralvorstands wie auch an der Vorlage selbst übte, dürfte in den Reihen der SVP bestenfalls da und dort ein mitleidiges Lächeln ausgelöst haben. Für die Parteibasis ist ein Ja zur Initiative wohl tatsächlich nur noch Formsache. Dafür spricht zumindest der tosende Applaus, den der Zürcher SVP-Nationalrat Ulrich Schlier als Vertreter des Initiativkomitees beim Vorbringen seiner Argumente in Empfang nehmen durfte.

SONNTAGSKOLUMNE

Energieeffizienz steigern statt Weltuntergang predigen



Von Filippo Leutenegger

Wissenschaftler und Medien werden nicht müde, uns seit Jahrzehnten mit neuen aufsehenerregenden Studien die Klimakatastrophe und den Weltuntergang an die Wand zu malen. Offenbar fasziniert und beängstigt dieses Szenario die Menschheit gleichermaßen. Ich denke da an die dramatischen Berichte 1970 des Club of Rome, die das Ende der natürlichen Ressourcen, insbesondere des Erdöls, bis zum Ende des letzten Jahrhunderts voraussagten, oder das Ozonloch, das den Planeten an der Sonne unbewohnbar machen sollte. Die Feinstaubbelastung mit angeblich jährlich Tausenden von Toten. Die Vogelgrippe mit einer weltweiten Epidemie oder die Klimakatastrophe mit schmelzenden Polarkappen und steigendem Meeresspiegel

wegen des zunehmenden CO₂-Ausstosses. Jedes Mal, wenn ein Horrorszenario gestützt auf wissenschaftliche Studien die Erde medial umrast, überbieten sich Politiker aller Couleur und aller Länder mit radikalen Vorschlägen mit neuen Energiesteuern oder Zwangsmassnahmen. Nach erfolgten Wahlen erlahmen die Bemühungen in aller Regel. Es bleiben höhere Steuern und Abgaben für den Fiskus, und der Verbrauch von Ressourcen und Energie steigt munter weiter.

Bleiben wir also beim CO₂, beim Verbrauch von fossilen Energieträgern, dem begehrtesten Objekt für neue Steuern. Allein fürs Heizen braucht die Schweiz mehr als die Hälfte der gesamten Energie. Und in diesem Bereich besteht mit Abstand das grösste Potenzial, um fossilen Brennstoff einzusparen. Aber nicht, indem man diese Energie besteuert, denn geheizt werden muss auch, wenn die Energie teurer wird. Darum bringen Lenkungsabgaben in diesem Bereich ausser dem Fiskus nicht viel. Viel mehr erreichen kann man über klare Energiestandards bei Umbauten und vor allem übers Steuerrecht. Denn in der Schweiz

wird vor allem bei Altbauten häppchenweise und energetisch meist schlecht saniert, insbesondere bei Einfamilienhäusern. Besonders Altbauten, die vor 1980 errichtet wurden, haben ein erhebliches Potenzial zur Reduktion der CO₂-Emissionen und Reduktion des Energieverbrauchs. Dieses Potenzial wird durch die heutige Sanierungsrate sowie die Art und den Umfang der Sanierung ungenügend ausgeschöpft.

Das heutige Steuerrecht ist ein Hemmnis für umfassende energetische Sanierungen und zwingt Hausbesitzer zu falschen Sanierungen, da die Investitionen nur im Jahr der effektiven Aufwendungen steuerlich abzugsfähig sind. Für Privatbesitzer bedeutet dies, dass sie zwar im Renovationsjahr oft gar keine Steuern zahlen, im Folgejahr aber bereits wieder voll steuerpflichtig sind. Deshalb wird mit kleinen Sanierungsschritten gearbeitet, die über mehrere Jahre als Salami-taktik verteilt werden und somit eine effiziente und zügige energetische Gesamtsanierung verhindern. Die Möglichkeit, Kosten einer Gesamterneuerung über zum Beispiel drei bis fünf Jahre

verteilt in der Steuererklärung beim Liegenschaftsaufwand in Abzug zu bringen, bringt dem Hausbesitzer einen erheblichen Zusatzanreiz zur energetischen Gesamtsanierung. Das «Abschreiben» einer Investition über mehrere Jahre ist in der Wirtschaft üblich und im Steuerrecht andernorts ebenfalls zugelassen. Da gleichzeitig die Umsätze des Bau- und Baunebengewerbes erheblich steigen, gibt es eher mehr als weniger Steuern. Durch das Steuerharmonisierungsgesetz wird sichergestellt, dass die gleiche Abzugsmöglichkeit auch für die Staatssteuern besteht.

Solche konkrete und gezielte Massnahmen im Steuerrecht könnten im Energiebereich in den nächsten zehn bis 15 Jahren Energieeinsparungen von 20 bis 40 Prozent bringen. Das wäre ein grosser Schub für die Energieeffizienz der Schweiz und ein wesentlicher Beitrag zur Reduktion des CO₂-Ausstosses – und weit mehr, als man mit Steuererhöhungen und Lenkungsabgaben erreichen kann.

Filippo Leutenegger ist Zürcher FDP-Nationalrat.

Rassismusverdacht gegen zwei Türken

Die Kantonspolizei Zürich hat gestern in Winterthur zwei türkische Staatsangehörige wegen Verdachts auf Rassendiskriminierung verhaftet.

Winterthur. – Verhaftet wurden ein 57-jähriger Türke mit Wohnsitz in Deutschland sowie ein 51-jähriger Türke mit Wohnsitz in der Schweiz. Beide äusserten sich an einer Veranstaltung in Winterthur, an der eine Rede des bereits verurteilten Nationalisten Dogu Perincek angesagt war.

Die Kantonspolizei Zürich begründete ihr Vorgehen damit, dass der ältere der beiden gegenüber den rund 40 anwesenden Personen Äusserungen gemacht habe, die einen dringenden Verdacht wegen Leugnung eines Völkermords ergäben. An der Veranstaltung seien zudem Plakate aufgelegt und gezeigt worden, die den Armenier-Genozid als Lüge darstellten.

Perincek nicht eingereist

Der kürzlich in zweiter Instanz wegen Rassendiskriminierung verurteilte Politiker Perincek hatte offenbar vergeblich versucht, in die Schweiz einzureisen. Nach Auskunft von Dominique Boillat, Sprecher des Bundesamts für Migration, wurde gegen Perincek aber keine Einreisepflicht verhängt. Der Türke sei aber visumpflichtig und habe mit Blick auf den geplanten Auftritt in Winterthur bis zum Freitag kein Visumgesuch gestellt. (ap)